

## **Beschluss des Landrats vom 28.11.2019**

Nr. 288

### **25. Bildungsoffensive 2025: Ist der Schulrat als Rekurskommission geeignet?** 2019/619; Protokoll: bw

Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) informiert, dass der Regierungsrat das Postulat entgegennehme.

**Werner Hotz** (EVP) ist seit bald acht Jahren Schulrat der Sekundarschule Allschwil und Schönenbuch. Jährlich hat der Schulrat ein bis zwei Dutzend Beschwerdefälle zu beurteilen. Bei vielen Fällen geht es um nicht bewilligte Ferienverlängerungen. Ergo gibt es nur ganz wenige Fälle, bei denen es um juristische Feinheiten geht. Im Vordergrund steht in der Regel das Zwischenmenschliche, das mit Augenmass zu beurteilen ist. Der Redner hält es sehr wohl für sinnvoll, dass der Schulrat erste Rekursinstanz bleibt. Der Schulrat kennt die Schulleitungsmitglieder, Lehrpersonen und die Eltern. Das rechtliche Gehör findet in der Regel im Rahmen eines Austausches statt, wo alle Argumente platziert und abgewogen werden können. Meist wird ein Entscheid gefunden, mit dem alle Betroffenen leben können. Fälle, die an den Regierungsrat weitergezogen werden, sind eher selten. Noch seltener sind die Fälle, bei denen das Formaljuristische das Problem ist. Im Einzelfall unterstützen die Fachleute der BKSD den Schulrat absolut adäquat, sodass das Formelle jederzeit gewährleistet ist. Wenn «Bildungsoffensive» bedeutet, dass die Schule in Formaljuristisches abgleiten möchte, dann kommt dies nicht gut. Was nützt die Aufforderung zum schriftlichen, rechtlichen Gehör durch eine Amtsperson im fernen Liestal, wenn die Eltern lediglich mit einer neutralen Person sprechen und ihr Anliegen auf Augenhöhe platzieren möchten? Man soll sich bei der Bildungsoffensive auf die Bildung konzentrieren und nicht auf formaljuristische Aspekte. Es ist wichtig, dass die erste Rekursinstanz nahe bei den Betroffenen, also bei den Eltern und den Lehrpersonen, ist und lösungsorientiert an die Rekurse herangeht. Die Grüne/EVP-Fraktion lehnt den Vorstoss ab.

**Andreas Dürr** (FDP) erklärt, die FDP-Fraktion habe diesen Vorstoss nicht aus dem hohlen Bauch heraus geschrieben. Die FDP hat den ganzen Bildungskomplex nach Schwachpunkten untersucht. Bei allen Fragen wurde nicht gesagt, wie man es machen sollte. Das ist die Weisheit der FDP. Ein Problem sind die Schulräte als Rekurskommission. Es geht nicht um die friedlichen Gespräche. Überall, wo es schwieriger wird, kommt der Hilferuf an das AVS oder die Juristen der BKSD. Im Schulwesen sollte man schnell entscheiden können. Anstatt immer rückfragen zu müssen, wäre es bei komplexeren Fragen vielleicht einfacher, wenn der Regierungsrat das Ansprechgremium wäre. Als Jurist muss der Redner feststellen, dass die Bildung zunehmend verrechtlicht wird. Es gibt eine Zunahme an Beschwerden zu Beförderungsentscheiden etc. Das macht es nicht einfacher. Allenfalls lässt sich hier ein strafferer Rekursweg einschlagen – oder man kann ihn allenfalls zweiteilen. Die FDP weiss noch nicht, in welche Richtung es geht. Sie möchte lediglich hinschauen, nach einem effizienterem Rekursweg sehen und fragen, ob es zwingend ist, dass alles über die Schulräte laufen muss. Dass man hinschauen muss, ist unstrittig, hat sich dies in der Praxis doch als Schwachpunkt erwiesen. Die FDP-Fraktion ist ergebnisoffen.

**Ursula Wyss Thanei** (SP) ist auch Mitglied der Präsidienkonferenz. Eine Umfrage hat ergeben, dass von 100 Rekursen, die an die Schulräte herangetragen wurden, fünf an den Regierungsrat weitergezogen wurden. Dieser bewilligte keinen davon. So schlecht konnten die Entscheide des Schulrats also nicht gewesen sein. Aus eigener Erfahrung im Bereich Kindergarten/Primarschule: Die Themen sind relativ stark eingegrenzt. Insofern ist schnell bekannt, worauf man schauen muss

und welche Kriterien gelten. Die Rednerin beantwortet die Fragen der FDP folgendermassen: Die Schulräte sind prinzipiell geeignet. Die BKSD hilft vor allem bei Verfahrensfragen. Einen grossen Aufwand hatte dies nie zur Folge. Aus diesem Grund lehnt die Votantin das Postulat ab.

**Jacqueline Bader** (FDP) outet sich auch: Vor einem Monat hat sie ihr Amt als Schulrätin des Gymnasiums Münchenstein abgelegt. Sie hat eine andere Sichtweise als beispielsweise Werner Hotz.

In den letzten Jahren nahm die Anzahl der Rekurse an den Gymnasien zu. Rekursgegenstand waren Noten, Maturarbeiten, Militärabwesenheiten etc. Juristische Fragen werden zumindest auf dieser Stufe immer wichtiger. Auch Gymnasien verfügen über Schulräte. Es bedarf einer gewissen Offenheit, diese Fragen zu prüfen.

**Pascal Ryf** (CVP) erklärt, die CVP/glp-Fraktion unterstütze auch dieses Postulat. Die bisherigen Voten erstaunten den Redner ein wenig. Er mag sich nicht mehr erinnern, wie viele Schulratswahlen in den letzten zwei, drei Jahren in Oberwil durchgeführt werden mussten. Die Mitglieder des Schulrats wechselten häufiger als manche Leute ihre Unterwäsche. Dies zeigt, dass nicht alles optimal läuft, was aber nicht bedeutet, dass die Schulräte keine gute Arbeit leisten.

Zu den Rekursen: Der Votant war drei Jahre Schulleiter in einer der erwähnten Gemeinden. In dieser Zeit gab es sehr viele Rekurse gegen den Schulrat. Ein Fall ging sogar bis ans Kantonsgericht. Eine hier anwesende Zeitung (vertreten durch eine Person mit rotem Pullover) veröffentlichte einen grossen Artikel dazu. Das Problem existiert also. Es braucht mittlerweile Juristen im Schulrat. Andernfalls ist man nicht mehr fähig, alles zu behandeln. Es muss ein Umdenken stattfinden und es bedarf einer anderen Struktur. Eine Ombudsstelle ist eigentlich vorhanden, kümmert sich aber wenig um Schulfälle. Das Ziel sollte aber analog zum Kanton Zürich sein, dass sich die Ombudsstelle viel mehr um Schulfragen kümmert, um Rekurse zu verhindern. Der Votant empfindet die Fragestellung der FDP als gut und bittet den Landrat, das Postulat zu unterstützen.

**Ursula Wyss Thanei** (SP) dankt ihrem Vorredner für die Idee des Einbezugs der Ombudsstelle. Vor 15 Jahren hatte sie dieselbe Idee, war damit in ihrem Schulrat allerdings chancenlos. Persönlich hörte die Rednerin vor vier Jahren auf. Die Wechsel haben danach stattgefunden. Das Ansehen des Schulrats hat gelitten. Das ist auch bei den Bewerbungen zu sehen. Die Votantin streitet nicht ab, dass es schwierig ist, Personen dafür zu finden.

**Jürg Vogt** (FDP) betont, die FDP-Fraktion möchte eine offene Auslegeordnung. Das Resultat des Postulats kann auch eine klar strukturierte Hilfestellung des Kantons sein. Dies ist aktuell nicht der Fall. Einige Gemeinden brauchen keine Hilfe, andere schon. Wenn Allschwil keine Hilfe braucht – umso besser. Andere Gemeinden sind vielleicht froh darum.

://: Mit 47:33 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen.

---